

Verantwortlicher Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: R. Grahmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mr.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Reklamen 30 Pf.

Annahme von Anzeigen Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten
Deutschlands: A. Mosse, Haasenstein & Vogler, C. L. Daube,
Invalideubank, Berlin Bernh. Arndt, Max Gertmann,
Herrschel & W. Dines, Greifswald C. Müller, Halle a. S.
Jul. Bard & Co. Hamburg Joh. Neothaar, A. Steiner,
William Wislizenus, in Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M.
Heim. Eisler, Kopenhagen Kna. & Wolff & Co.

Aus dem Reiche.

Die **Kaiserin** besuchte gestern gelegentlich einer Ausfahrt das Alteris des Widdauers Pannschmidt und nahm dort die Hüfte des verstorbenen Hofpredigers Frommel in Augenschein. In's Schloß zurückgekehrt ertheilte die Kaiserin mehrere Audienzen und empfing unter Anderen die Gemahlin des jerbischen Gefandten Boggi-tschewitsch. — **Fehr. Eugen von Seefeld** auf Dutenheim, der, wie berichtet, den Charakter als Legationsrath erhalten hat, steht im 36. Lebensjahre. Nachdem er einige Zeit Legationssekretär in Belgrad gewesen, ging er im Mai 1892 als zweiter Votschaftssekretär nach Konstantinopel und vernahmte sich dort mit der Freilin von der Tann, der Tochter des bekannten bairischen Generals. Im Oclober 1893 wohnte er als Vertreter der deutschen Votschaft der Grundsteinlegung der evangelischen Kirche in Jerusalem bei. Seit Juni 1895 ist er Legationssekretär in Stopenagen. — **General-Lieutenant z. D. von Rühlmann**, früher Kommandeur der 3. Division in Nürnberg, ist gestern in München von einem Schlaganfall betroffen worden und noch im Laufe des Abends gestorben. — Die Meldung der „Nordb. Zig.“, daß der **Major von Wismann** sich seines Gesundheitszustandes wegen demächst nach Nordafrika zu begeben beabsichtige, entbehrt nach den „B. N. N.“ der Begründung. Er hat vor seiner Abreise an zuständigen Stelle bestimmt erklärt, daß er zu-

Seine Zeit Wiesbaden bleiben, noch vor
Schluss dieses Monats hierher zurückkehren und
seine Geschäfte in der Kolonialabtheilung wieder
übernehmen werde. Deshalb ist er auch allein
nach hier abgereist und hat seine Frau nicht mit-
genommen. Sowohl in seinem Entschlusse wie
in seinem Gesundheitszustand ist dem Vernehmen
nach bisher keine Aenderung eingetreten, daher
nimmt man hier an, daß er in etwa vierzehn
Tagen hier sein wird. — Dem Herrenjaube ist
seitens der Stadt Gmünd, sowie der kaiserlich-
preussischen Deputation daselbst eine Eingabe zu-
gegangen betreffend die Beibehaltung der Steuer-
mannskasse der dortigen königlichen **Naviga-
tionsschule** und die Wiedereinführung der dafür
erforderlichen Mittel in den Staatshaushalt für
1897—98. — Mehrfach wird gemeldet, daß der
Chef des Ingenieur- und Pioniercorps, General-
inspector der Festungen, **General der In-
fanterie von Goltz**, sein Abschiedsgelohd ein-
gereicht und dieses mit Mühseligkeit auf seine an-
gegriffene Gesundheit begründet habe. General
Goltz von Goltz ist am 19. August 1833 zu
Bittenberg geboren und trat am 6. Januar
1851 bei der damaligen 5. Pionier-Abtheilung in
Hosloca ein. Wäz besondere Verdienste hat sich
von Goltz um die Organisation der Eisenbahn-
truppe erworben, die ihm ihre Einrichtungen im
Besonderen zu verdanken hat. Am Gedenktage
des Frankfurter Friedens, am 10. Mai 1896,
wurde ihm der Adel verliehen. — Die Ketteisen-
kaufmannschaft zu Berlin erlassen gegen den
abgeordneten Wendel von Steinfels folgende
Erklärung: Herr Landes-Deputationsrath Mitter-
und Edler Wendel von Steinfels in Halle a. S.
ist in einer Borsl am 19. December v. J. ab-
geordneter Berammlung von Landwirthen be-
hauptet, „in der letzten Zeit seien an den Börsen
zu Halle, Magdeburg und Berlin die Notierungen
der Getreide 20 bis 25 Mark hinter den wirklich
bezahlten Preisen zurückgeblieben“. In einer in
Nr. 604 der „Halle-Zeitung“ veröffentlichten
Erklärung hat er sich ausdrücklich zu dieser Be-
hauptung bekannt. Da dieselbe den Vorwurf
enthält, daß die von uns betheiligten Börsen-
Commissäre die ihnen obliegende Pflicht einer richtigen
Preisfeststellung gröblich verlegt hätten, so haben
wir Herrn von Wendel unter dem 4. d. M. aus-
sperfordert, uns den Beweis seiner Anschuldigung,
soweit sie sich auf die hiesige Börse be-
ziehe, binnen 8 Tagen zu liefern. Herr von
Wendel hat darauf erwidert, daß er demnächst
in Halle'schen Zeitungen die Angelegen-
heit beleuchten und soweit nöthig belegen werde,
daß seine jedoch an einen Lerrnin zu binden.
Da bis heute uns keinerlei Belege von Herrn
von Wendel zugegangen sind, so sind wir es
unseren betheiligten Herren Börsen-Commissären
schuldig, hiermit öffentlich zu erklären: daß die
in der hiesigen Börse festgestellten Getreidepreise sich
nicht im Einklange mit der wirklichen Marktlage
befinden haben, daß also die

den Landes-Oekonomierath Mendel von Stein-
 zis in Bezug auf Berlin thätiglich unrichtig,
 und daß diese beweislos gelassene Behaup-
 tung bei der für ihren Urheber günstigen Den-
 kung nur daraus erklärt werden kann, daß
 jedem jedes Urtheil über die erprobte Sach-
 kundigkeit und Gewissenhaftigkeit mangelt,
 welcher bei den Preisenstellungen an hiesige
 Briefe von den dafür verantwortlichen Kommissaren
 verfahren worden ist. — Die ultramontane
 „Bismarck“ ertheilt der Finanzpolitik des Herrn
 Miquel eine kräftige Abjage: Wie der Abg.
 in Strombeck im Abgeordnetenhanse darlegte,
 verpersönlicht die Miquelsche Finanzpolitik auch
 den Sozialpolitik des Centrums. Im Reich-
 tage neue indirekte Steuern auf notwendige
 Verbrauchsgüter der großen Masse des
 niedermittelten und Reichthums der Nation
 zu verlegen, damit der Wohlhabende in den Einzel-
 steuern nicht stärker zu den direkten Steuern
 eingezogen zu werden brauche, oder auch um
 die Vorrath zu sammeln für künftige Aus-
 beute des Reiches. Das Centrum wird sich
 gegen keine Vorwürfe des preussischen Finanz-
 ministers und seiner Gefolgshaft von seiner
 Finanzpolitik abbringen lassen, denn sie verein-
 lichen die Uebereinstimmung mit der ganzen Tradition
 seiner Partei die Grundsätze des Jöberalismus,
 Sparfamkeit, der sozialen Gerechtigkeit und
 der gesunden Menschenverstandes, während
 die „Reformen“ darauf hinauslaufen, die
 Wohlthaten ihres Einflusses auf die Reichs-
 kasse zu entleeren und die indirekten Steuern
 vermehren, um die Einkommen der Reichen
 zu schonen. — In Hamburg findet am
 künftigen Abend eine Zusammenkunft von Mit-
 gliedern der hiesigen Abtheilung des deutschen
 Nationalvereins statt. Premier-Minist. v. Cap-
 peler 1 machte im Auftrage des Langenhan-
 der-Komites Mittheilungen über den Ton-
 ganges-See und wies darauf hin, wie notwen-
 dig sei, daß auf diesem Gewässer ein Dampfer
 verkehrt werde. Jetzt ist der Abdruck
 der Lieferung des Schiffes mit der Schiffswerk-
 zeug-Fabrik (vormals Janssen u. Schmitz)

(Insky) A.-G. Steinwälder erfolgt. Die Firma baute 1. 3. auch die für Afrika bestimmten Steamer „Hermann v. Wismann“ und „Dr. Carl Peters“; der in Auftrag gegebene Dampfer soll den Namen „Gedwig v. Wismann“ erhalten. Der Termin der Fertigstellung ist auf Anfang Juni 1897 festgelegt worden. Zum Pan hat man deutschen Stahl vorgegeschrieben. Das mit zwei Kesseln und einer 100 pferdigen Compound-Maschine zu verheißende Fahrzeug wird in einer Größe von 20 Meter erbaut. — Auch die zahlreich besuchte Generalversammlung des national-liberalen Wahlvereins zu Kassel nahm einstimmig eine **Protestresolution gegen die Landgemeinde-Ordnung** an, in welcher die beiden Häuser des Landtags um Ablehnung derselben ersucht werden, insbesondere wegen des Dreiklassen-Wahlsystems. — Dem scheidenden **Oberpräsidenten der Provinz Schleswig-Holstein v. Steinmann** war durch eine Abordnung der Direktoren der höheren Lehranstalten dieser Provinz eine Adresse überreicht worden, in deren Erweiterung der Oberpräsident Folgendes hervorhob: „Ich glaube nicht an die Herrschaft der rohen Massen, ich bin vielmehr davon überzeugt, daß sittliche und religiöse Erziehung, das die rechte Schulung, die rechte Frucht von Verstand und Charakter, wie der Unterricht der höheren Lehranstalten sie bietet, immer das Feld behaupten, daß es immer eine Aristokratie des Geistes geben wird, die das Regiment nach Gottes Ordnungen führt.“

Berlin, 16. Januar. Nicht weniger als ein halbes Duzend der wichtigsten Vorlagen hat der Reichstag in kurzer Frist vom Bundesrathe zu erwarten. Eine der ersten dürfte darunter das Handelsgesetzbuch sein, das, recht umfangreich, wohl trotzdem im Reichstage seine allzu langen Erörterungen hervorrufen wird, weil es auf Grund von Beratungen mit Vertretern der Handelskreise selbst zu Stande gekommen ist, also die aus den Interessentenkreisen stammenden Wünsche, soviel als möglich, schon berücksichtigt hat. Wie schnell sich die Militärstrafprozessordnung im Bundesrathe wird fertig stellen lassen, ist noch immer nicht abzusehen. Das es jedoch nicht mehr allzu lange dauern wird, bis der Reichstag sich auch mit dieser wichtigen Materie befassen wird, ist sicher. Bis vor Kurzem wurde allgemein angenommen, daß, nachdem die verbündeten Regierungen dem Reichstage in der laufenden Tagung bereits die verschiedenen und recht viele Einzelheiten ändernden Novellen zu den Unfallversicherungsgeetzen hätten eingeben lassen, auf die Einbringung weiteren Materials in der Arbeitsversicherungsfrage verzichtet werden würde. Nach dem im Reichstage von der Regierungssitze neuerdings geäußerten Aeußerungen darf aber nunmehr auch als sicher angesehen werden, daß in ganz nächster Zeit der Bundesrath die Novelle zu der Invaliditäts- und Altersversicherung, deren Kernpunkt bekanntlich die andere Verteilung der Renteanteil ist, erledigen und dem Reichstage dann sofort zu stellen wird. Auch das Auswanderungsgesetz dürfte nicht mehr lange auf sich warten lassen. Es hat, nachdem sein erster Entwurf in der Session von 1892-93 im Reichstage überhaupt nicht zur Verathung gestellt war, zur Fertigstellung in der neuen Form so langer Zeit bedurft, daß angenommen werden kann, es haben die Einzelregierungen sich schon früher über die grundlegenden Bestimmungen, wenn auch nicht ganz geneigt, so doch eingehend unterhalten. Es würde danach also langer Erörterungen in den Bundesausschüssen nicht mehr bedürfen. Dasselbe dürfte mit dem an den Bundesrath nunmehr auch gelangten Entwurf der Dienstverstrich- und die Klassenheilung der Oeder der Fall sein. Namentlich bei dem letzteren liegt der Schwerpunkt der Arbeit in den Vorbereitungen. Wir haben schon neulich ausgeführt, daß die Schwierigkeiten für diese Materie wahrscheinlich erst im Reichstage beginnen werden. Schließlich hat man immer noch die Hoffnung, daß sich die Handwerksorganisationsvorlage im Bundesrathe nun bald werde erledigen lassen. Ebenfalls wird der Reichstag sich mit seinen Beratungen etwas beeilen müssen, wenn er dieses neue gesetzgeberische Material neben dem bereits vorhandenen in der laufenden Tagung zu erledigen will.

— Der Kaiser hat, wie aus Wien berichtet wird, zur Gründung einer Unteroffizierschule in seinem österreichisch-ungarischen Kaiserregiment Nr. 7 zu dessen hundertjähriger Jubiläum 3000 Kronen gespendet.

— „Nicht werth, den Namen Deutscher zu tragen.“ Mit diesen treffend Worten charakterisirte unser Kaiser vor länger als einem Jahre die sozialdemokratischen Führer und Zeitungsreiber, welche gewagt haben, „das deutsche Volk zu schmähcn und die geistigste Person des hohen Kaisers Wilhelm in den Stand zu setzen, die Rote von Menschen“ stellt sich die Berliner Zeitung „des Herrn Allstein in einem Artikel über „das Wilhelmfest“ an die Seite, charakteristischer also sich und seinen jüdischen Anhang ebenfals als Kente, die nicht werth sind, den Namen Deutsche zu tragen. Dies Allsteinsche Blatt schreibt u. A.: „Am 22. März werden hundert Jahre vergangen sein, seitdem er das Licht der Welt erblickte, und es soll darnach eine Jahrhundertfeier veranstaltet werden, bei der das Volk pflichtgemäß in Bonthe und Klugheit schwimmen soll, und bei der die Soldaten und die Schutzmänner wieder viel zu thun bekommen werden. Wir hätten nichts dagegen, wenn an diesem Tage der Hofe hoch verginge. Der Anhang war ein ausnehmend erfolgreich begnügter Mehrer der preussischen Vansmacht, und es Erntheil, das er hinterlassen, rechtsfertigt dank und Freude. Wird in der Nation in freier Erinnerung daran, daß er der erste Kaiser der neu aufgetretenen deutschen Reiches war, am 22. März freundlich gewürdigt, so ist dann nichts zu sagen.“ Größer waren die sozialdemokratischen Schmähungen auch nicht, die damals unter allen Deutschen die größte Entstellung hervorriefen; es waren eben auch dort wie sie es bei der obigen Anzässigung sind — internationale Feinden, die sich solche ergaben das nationale Empfinden gereizter Grosse erlaubten.

— Der jetzt vorliegende, im Reichstag imdrassene Centrumsantrag, auf Erlass einer sogenannten Ley Deimge schließt sich in den Vortheilen über Unzucht, Sumppelei und Verkauft unästhetischen Schriften, Bildern und Pore

stellungen eng an die Beschlüsse an, welche in der Session von 1892—93 die zur Vorbereitung der damals von den verbundenen Regierungen eingebrachten Vorlage eingelegt gewesen Reichstagskommission gefaßt hatte. Er giebt in allen diesen Theilen die damaligen Beschlüsse wörtlich wieder. Außerdem enthält er jedoch zwei neue Bestimmungen, von denen die eine eine Strafe bis zu einem Jahre und Geldstrafe bis zu 1000 Mark für den Festsetzen will, der öffentlich theatralische Vorstellungen, Singspiele, Gefangs- oder defamatorische Vorträge, Schaustellungen von Personen oder ähnliche Aufführungen veranstaltet, welche durch gröbliche Verletzung des Scham- oder Sittlichkeitsgefühls Aergerniß zu erregen geeignet sind, und der andere anstehende Beschäftigtheiten behandelt. Dagegen hat der Zentrumsantrag die von weiten Kreisen der Bevölkerung in der ersten Leg Dinge mit Freundschaft begrüßte eventuelle Verhängung der Belästigung für Verbrechen und Vergehen wider die Sittlichkeit, wider das Leben, wider die persönliche Freiheit oder für gemeingefährliche Verbrechen und Vergehen, wenn die That von besonderer Rohheit, Bosheit oder erbloser Entmannung des Täthters zeugt, einfach fortgelassen. Es muß dieses Verhalten des Zentrums umso mehr auffallen, als die Reichstagskommission aus der Session 1892—93 diesen Theil der Vorlage den verbundenen Regierungen im Großen und Ganzen angenommen hatte und voraussetzen ist, daß die Annahme unter Billigung des Zentrums erfolgt ist. Immerhin bleibt abzuwarten, ob der Zentrumsantrag noch in der laufenden Tagung zur Verabreichung kommen wird. Die verbundenen Regierungen haben in der Zwischenzeit des öfteren erklären lassen, daß sie an der sogenannten Leg Dinge nach wie vor festhalten würden und daß nur die sechsmalige Lage der gesetzgeberischen Aktion sie gehindert hätte, mit einer Erneuerung ihrer Vorschläge an den Reichstag heranzutreten.

Die „Verl. Korresp.“ schreibt: Die „Wirtschaftspolitischen Blätter“, amtliches Organ des Bundes der Handwerker, räumen in ihrer neuesten Nummer ein, daß der von ihnen „zu ihrem Bedauern veröffentlichte“ Artikel über den Gegensatz der preussischen zur Reichsregierung an einzelnen Unrichtigkeiten leide, deren Wiederrichtung durch die „Verl. Korrespondenz“ geradezu erforderlich sei. Hieran knüpfen sie aber weitere Betrachtungen über den angeblichen Mangel an Einseitigkeit innerhalb der Regierung, den sie wiederum durch Behauptungen über die Stellung einzelner Ressorts zu der Handwerkerorganisationsvorlage und zu der Börsenreform zu belegen suchen. Auch die neuen Behauptungen entbehren der tatsächlichen Begründung. Soweit sie die Handwerkervorlage betreffen, gründen sie sich auf Vorgänge innerhalb des preussischen Staatsministeriums und der Bundesratsaus-schüsse. Diese Vorgänge sind interner Natur und entziehen sich in ihren Einzelheiten der öffentlichen Besprechung. Nur soviel kann mitgeteilt werden, daß die Behauptung des Blattes der Beschluß des Staatsministeriums wegen Einbringung der Handwerkervorlage in den Bundes-rath sei gegen die Stimmen des Präsidenten und des Vizepräsidenten gefaßt, sowie die Ausführungen über die Behandlung der Vorlage in den Bundesratsauschüssen und über die Abstimmung der Ausguckmitglieder thatsächlich unrichtig sind. Wenn das Blatt sodann eine „Unterlaffungsgünde“ des Präsidenten der preussischen Regierung oder seines St. Berreters darin findet, daß Preußen nach der „euthydenen“ Abstimmung in den Ausschüssen nicht die als-säugige Verhandlung im Plenum verlangt habe, so verrieth sich herein die maßlose Strenge des Verfassers von der geschäftlichen Behandlung der den Bundesratsauschüssen durch das Plenum überwiesenen Vorlagen. Zu Sachen der Börsenreform soll — im Gegensatz zu den preussischen Ministerien — das Reichsamt des Innern durch „seine Zusammenfügung des provisorischen Börsenauswahnes verweisen“ haben, „daß es denjenigen streifen nicht wehe thun will, welche die Börsenreform betämpfen“. Hierzu ist zunächst zu bemerken, daß die Ernennung der

Mitglieder des Böhrenauschusses nicht dem ausschlagend des Innern, sondern dem Bundesrat zufließt, und dann hiernach auch bei der Bildung des provisorischen Böhrenauschusses verfahren ist. Allerdings ist die Angelegenheit im Reichsrath des Innern vorbereitet worden. Dabei ist dieses aber im Einkommen mit den beizuliegenden Regierungsvorgängen, und namentlich sind die Vorzüge über die aus Preußen zu beauftragenden Mitglieder des provisorischen Böhrenauschusses in völliger Uebereinstimmung mit den beizuliegenden preussischen Vorlesungen gemacht worden.

Österreich-Ungarn.

Wien, 15. Januar. Abgeordnetenhause.
Abg. Lauth interpellirt die Regierung wegen
des gestern im preussischen Abgeordnetenhause
eingetragenen Antrages auf eine vollständige
Uebersetzung der Grenzgegen die Weichenbahn.
Die Durchfuhr dieser Weichen wu'de sich
sonst gegen die auslandischen Gebiete an
der osterreichisch-deutschen Grenze richten. Daher
wolle er die Frage, was die Regierung zu
unsern gedachte, um einer solchen Kalamitat zu be-
ugen.

Wien, 15. Jänner. Der Minister des Auswärtigen, Graf Goluchowski, ist heute Abend in Begleitung des Sektions-Rathes von Mierey nach Berlin abgereist.

Frankreich.

Paris, 15. Januar. Der Papst hat an den Erzbischof von Paris, Cardinal Richard, ein Schreiben gerichtet, in welchem er anlässlich der hundertzwanzigjährigen Gedenkfeier der Sacré-cœur-Kirche dem französischen Volke und Clerus Segen ertheilt.

Italien.

Rom, 15.3 Januar. Wie die „Agenzia Stefani“ erfährt, hat zwischen den Mächten ein lebhafter Meinungsaustausch über Schutzmaßnahmen gegen eine drohende Verschleppung der neuesten stattgefunden.

Russland.

Petersburg, 15. Januar. Heute ist ein
Erlaß, betreffend die Errichtung eines russischen
Konsulates in Lincolnton veröffentlicht worden. hi

Griechenland.

Athen, 15. Januar. Die Nachrichten aus Kreta sind deunthigend, obwohl die Regierung von einer weiteren Verschärfung der Lage nichts wissen will. In Folge der bekannten zahlreichen Massenmorde bei Rissano sollen bewaffnete Schaa ren aus den Gebirgsgegenden erschienen sein, was die muselmännlichen Bauern veranlaßt hat, zahlreich nach Kanea und Rethymio emzuwandern. Dies ist stets die Einleitung zu Unruhen gewesen, und bei der jetzigen Unzufriedenheit und der bekannten vollständigen Auslöschung der Christen ein bedenkliches Zeichen. Die Justisreform-Kommission ist noch Deklaration gereicht, bis das jetzt ganz ruhig ist, um die totalen Justisfragen zu prüfen. Heute wurde in den Straßen ganz Athens eine Proklamation, angeblich des zentralen neutürkischen Komitees, angeschlagen, welche die Griechen auffordert, sich den Neutürken anzuschließen und die Vergangenheit und die Kämpfe zu vergessen, um gemeinsam den Kampf gegen den „blutigen Tyrann Hamid und seine slavischen Verbündeten“ zum gemeinsamen Vell zu führen.

Africa.

Der folgende Bericht des Hauptmanns
Prinze aus Deutsch-Ostafrika, basirt Quirenga,
4. November 1896, wird im „Koloniaiblatt“
mitgetheilt:

Die ihr gestellten Aufgaben sind gelöst worden. Die Mangafestation ist fertig, die Abheftstation provisorisch errichtet; Duana ist beiseite und wird mit wenigen Anhängern verfolgt. Um dies zu ermöglichen, habe ich das Reich Duanaos in seiner ganzen Ausdehnung unterwerfen müssen und zwar die Westhälfte, Ukena (unter Schöpfung von Kultur und Eigentum), mit durchaus kriegerischen Mitteln und schrecklichem Verlust von 400 bis 500 Tode und Verwundeten; die Osthälfte, Ubebe, hauptsächlich auf diplomatisch-strategischem Wege. Verlust unsererseits: 1 Astari, 1 Irregularer, 2 Träger. Zwei Stunden östlich Iringa habe ich die provisorische Station an einer in gesundheitlicher, taktischer, politischer und landschaftlicher Hinsicht außergewöhnlich günstiger Stelle auf 1600 Meter absoluter Höhe zu errichten begonnen und unter großer Aufkennung der Träger die allermeisten Lasten aus Unga und Perondo dahin geschafft. Seit dem 28. Oktober ist Zahmesherapirant Wintler mit dem letzten dreijährigen Lastenhub, den Weibern zu der Soldaten nachgenommen. Das ganze große Dorf der Küstehändler Perondos, etwa 800 bis 1000 Seelen, hat sich ihm angeschlossen. Die Leute sind eifrig in der Anlage von Güterstraßen begriffen. Die Organisation der freiwilligen Tätigkeit, einziger lebender Bruder Duanaos, mit dem ältesten von dessen Halbbrüdern, Kapande, nebst zwei von den drei direkten Schwestern Duanaos und der Familie Mangares eine Viertelsunde von der Station fest und sicher interniert. Seitdem haben sich noch gestellt: die dritte Schwester Duanaos, die jüngste von dem alten Mereru geliebt wurde, die Halbbrüder Duanaos, Sandangamenda und Gungihaha, nebst Familien. Ersterer ist 1894 bei Iringa schwer verwundet, letzterer hat einer gegen Duana angetretenen Patrouille Widerstand geleistet und ist dabei leicht verwundet worden. Ersterem habe ich eine Wohnung eine Viertelsunde von der Station angewiesen, letzteren nebst inzwischen angekommenem Schwager des Duana habe ich dagegen interniert. Demgemäß ist der engere Verwandtenkreis und die Hälfte des entfernteren Verwandtenkreises des Duana in Gewalt der Station. Danach haben sich die Verhältnisse in und um Ubebe politisch durchaus befriedigend gestaltet und sind keinerlei Befürchtungen für größere Unruhen zu hegen, vielmehr ist nunmehr Aussicht auf eine gute wirtschaftliche Entwicklung dieses Theiles des Sauggebietes vorhanden. Den Hauptvortheil der Unterwerfung des Duanareiches erblicke ich vorläufig in der geschlossenen, militärisch brauchbaren Macht, die die dem kaiserlichen Gouvernement in die Hände rät."

Zur Arbeiterbewegung.

— Die Gründung einer (sozialdemokratischen) Zentralorganisation der Eisenbahnarbeiter Deutschlands ist dieser Tage vollognen worden; bisher haben sich acht Eisenbahnarbeiter-Vereinigungen mit der Gründung einverstanden erklärt. Der Hauptzweck des Verbandes ist die Vertiefung der Arbeitskraft. Die Arbeiterschaft der preussischen Staatsbahnen steht, soviel wir wissen, dieser Organisation fern; die somit nicht, soviel bedeutet, ist der Name zu besagen scheint.

Stauden. 15. Januar. Die Beendigung des Streiks ist sicher in Folge der Unerbittlichkeit der Arbeitgeber. Das „Freundenblatt“, das die Interessen der letzteren vertritt, führt, daß einzelne Gruppen der Arbeitgeber gestört sind, auf das Angebot der Arbeiter hin zu verhandeln, die jedoch weiterhin keine dagegen eine vom Arbeitgeberverbände abweichende Stellung ein. Letzterer leitete heute Nachmittag eine geheime Sitzung ab. Ein Theilnehmer wurde die strengste Discretion zur Pflicht gemacht. Die Arbeitnehmer, speziell die Gewerführer und Schauerleute, perhorresciren die Aufnahme der Arbeit ohne vorhergegangenen Verhandlung. Am Montag finden vier Müstereiarbeiterversammlungen statt, in denen die bedeutendsten Arbeiterführer Deutschlands als Redner auftraten werden. — Am 24. und 25. Februar findet in London eine internationale Konferenz der Delegirten der Hafenarbeiter statt, die deutschen Hafenarbeiter nahmen die Einladung hierzu an. Ein seit 1889 hier anfänglicher dänischer Schauermann, der mehrfach ausgedroht worden, Arbeit nachzuweisen, ist jetzt ausgewiesen worden. Es ist dies der zweite Ausweisungsfall während des Streiks. Drei wegen Vergehens ausgewiesene dänische Marosfen singen durften amstumpfen. — Die Palamität im Hafen ist stiller als je. Das Eisbzwasser bei Finkenbärder ist nur für flachende kleine Fahrzeuge nutzlos. Momentan herrscht intensiver Rebell. Die Dampfer „Benetia“ und „Bernhard“ verließen Wlitsch im Hafen.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 16. Januar. Am 18. Januar
elt der Homöopathische Verein zu

Stettin“ seine statutengemäße Generalversammlung ab. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurde der bisherige Vorsitzende, Herr Lehrer Dr. Boock, wiedergewählt. Der Verein stellt sich die Aufgabe, für die Ausbreitung des homöopathischen Heilverfahrens zu wirken und seinen Mitglieder Einfachheit und Belehrung über das Wesen der Homöopathie wie über die Anwendung und Wirkung ihrer Heilmittel zu verschaffen, sowie auch allgemeine Gesundheitslehre zu pflegen. Es werden auch in diesem Jahre monatlich zwei Sitzungen in dem Bibliothekszimmer des Königl. hiesigen abgehalten, in denen die Mitglieder durch Vorträge und Mittheilungen aus den verschiedensten Zeitschriften in steter Befanntschaft mit der Fortschritt der Homöopathie und der Gesundheitslehre gehalten werden. Eine städtische Bibliothek steht den Mitgliedern unentgeltlich zur Verfügung. Den zahlreichen und vorzüglichen Freunden der Homöopathie sei zur einheitlichen Sammlung der Verein bestens empfohlen. Mitglieder können sowohl Damen als Herren werden, die das 21. Lebensjahr überschritten haben.

— Am 15. d. M. hat der neue Gehatz von Bethanien, Herr Prof. S. Gaedel, sein Amt angetreten. Herr Dr. Neumeister legt hiernächst in uneigentlichster Weise geübte Siedler-
treue nieder, um sich ungeheiß seiner Privat-
praxis hinzugeben.

h a n d e l hat jetzt folgende Erklärung abgegeben: „Der Erlaß des Herrn Ministers für Handel und Gewerbe vom 16. Juli 1896, betreffend die Ausführung des Börsen-Gesetzes vom 22. Juni 1896, deranlaßt uns am 24. Juli 1896, den Herren Vorstehern der Kaufmannschaft hier die Bedenken gegen den Plan des Herrn Ministers auszusprechen, der dahin führen werde, daß wir künftig die Börse für unsere Zwecke gar nicht mehr gebrauchen könnten, mindestens müßten die Delegirten der Landwirthschaft sich als Mitglieder unserer Korporation unter entsprechender Abänderung des ersten Abschnittes § 1 des Statuts der Korporation der Kaufmannschaft zu Stettin aufnehmen lassen. Ferner schreiben wir am 29. Juli 1896 in Bezug auf eine Ministerial-Berfügung vom 18. Juli 1896 an die Herren Vorsteher der Kaufmannschaft hier in einem ausführlichen Bericht u. a.: „Solcher die Landwirthschaft das Recht haben, an unserer Börse vertreten zu sein, so mag sie Delegirte in die Korporation der Kaufmannschaft aufnehmen und die üblichen Beiträge zahlen lassen; wir wollen sie dann gern als Gleichberechtigte anerkennen.“

Hieraus geht hervor, daß wir stets bereit gewesen sind, den Bandwirthen Gelegenheit zu geben, mit uns gleiche Rechte zu erwerben und an der Verwaltung der Börse zu arbeiten zum Segen des Handelsstandes und der Bandwirthschaft, aber an ein Aufzichtsrecht der Bandwirthe über die Kaufleute haben wir nicht gedacht. Nur am Ausgange December 1896 die Otkroviye Börsenordnung des Handelsministers mit dem bekannten § 3b, wonach Delegirte der Bandwirthschaft in den Producten-Vorstand seitens der Bandwirthschaftskammern ernannt werden sollen. Gegen diese Bestimmung vermahnten wir uns in einer Sitzung vom 29. December 1896, und bereits am 30. December in einer Generalversammlung der Getreidehändler traten diese dem Beschlusse bei mit der Erklärung, der Börse fern zu bleiben. Diese ist denn auch seit jenem Tage nicht mehr besucht worden. Damit ist bewiesen worden, daß wir, wie vor 5½ Monaten vorhergesagt, die officielle Börse entbehren können. Wenn nun in allerneuester Zeit die Delegirten der Bandwirthschaftskammer einen entgegenkommenden Schritt gethan und ihre Aufnahme in die Korporation beantragt haben, so begreifen wir dies mit Freuden. Es darf aber nicht angenommen werden, daß allein durch diesen Eintritt der Landleute in die Korporation die Rückkehr der Getreidehändler an die Börse möglich gemacht wird. Die etwa in die Korporation aufgenommenen Landleute haben selbstverständlich vollständige Gleichberechtigung mit allen anderen Mitgliedern der Korporation, können also auch in den Producten-Vorstand von der Kaufmannschaft gewählt werden — so lange aber an der Otkroviye von Mitgliedern des Producten-Vorstandes festgehalten wird, halten wir die Rückkehr der Getreidehändler in die Börse für unmöglich.

— Personal-Veränderungen im Bezirk des Oberlandesgerichts zu Stettin für den Monat December 1896.) Es sind ernannt: zum Senatspräsidenten bei dem Oberlandesgericht in Kiel: der Oberlandesgerichtsrath Goeßel in Stettin, zum Oberlandesgerichtsrath in Königsberg i. Pr.: der Landgerichtsrath Dr. Samallaß in Stolp, zum ersten Staatsanwalt in Rostlin: der Staatsanwalt Rohde in Berlin, zum Amtsrichter in Dramburg: der Gerichtsassessor Reichelm aus Labes, zum Staatsanwalt bei dem Landgericht in Lgd.: der Gerichtsassessor von Schmiedeberg, zum Gerichtsassessor: die Referendare Eschleberger, Dr. Wilhelm Klein, Ehrlich und Erich Müller, zum Referendar: die Rechtskandidaten Eller und Fuhrmann, zum Kanzlisten: bei der Staatsanwaltschaft in Stargard der Kanzleidiätar Köhler, bei dem Landgericht in Stettin der Kanzleidiätar Daniel. — Dem etatsmäßigen Gerichtsschreiberhilfen, Assistenten Schinke in Pölnow sind die Gerichtsvollziehergeschäfte bei dem Amtsgericht in Lgd. nebenamtlich übertragen. — Es sind verlegt: der Amtsrichter Dr. Kaul von Fiddichow als Landrichter nach Stargard i. Pom., die Gerichtsvollzieher Gemoll von Barth nach Pempelburg, Krümmel von Pölnow nach Barth, Seidler von Pempelburg nach Stettin. — Es sind mit Pension in den Ruhestand verlegt: die Gerichtsvollzieher Bohz in Stettin, Kerkmann in Wernberg und Körner in Stralsund. — Es sind getorben: der Rechtsanwalt und Notar Justizrath Wrede in Schwane, der Rechtsanwalt und Notar, Justizrath Lindemann in Swinemünde, der Rechtsanwalt Werent in Swinemünde, der Gerichtsschreiber, Kanzleirath Springhube in Lauenburg i. Pom. und der Referendar Vonnemel. — In der Rechtsanwaltsliste sind gelöscht: der Rechtsanwalt Werent bei dem Amtsgericht in Swinemünde, der Rechtsanwalt Bartels bei dem Amtsgericht in Demmin, der Justizrath Wrede bei dem Landgericht in Stolp und der Justizrath Lindemann bei dem Landgericht in Stettin. — Der Gerichtsassessor Kneibmann ist infolge seiner Zulassung zur Rechtsanwaltschaft aus dem Landgericht II in Berlin und der Referendar von Heyden-Rinden auf seinen Antrag aus dem Justizdienste entlassen. — Dem Rechtsanwalt

